



TÜV Rheinland i-sec. Informations- und IT-Sicherheit.

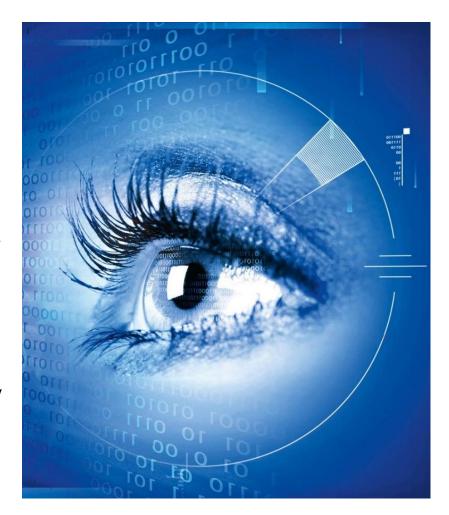
Führender unabhängiger Dienstleister für Informationssicherheit in Deutschland

Beratungs- und Lösungskompetenz in ganzheitlicher Informationssicherheit – von der Steuerungsebene bis ins Rechenzentrum inkl. betriebsunterstützender Leistungen

Exzellente Technologie-Expertise, umfassendes Branchen-Know-how, Partnerschaften mit Marktführern

International zählen wir im Verbund mit unserer Schwestergesellschaft OpenSky zu den wichtigsten unabhängigen Anbietern

Zertifiziert nach ISO 27001 und ISO 9001





Lösungskompetenz. Informations- und IT-Sicherheit.

1 Zielsetzung und Strategie

Businessanforderung

Strategie

Steuerungsprozesse 2 Steuerung und Planung

Management der Informations-sicherheit

Datenschutz und Datensicherheit

IT Risikomanagement nach ISO 31000 und 27005

ISMS, BCM und GRC Toolauswahl/ -einführung 3 Konzeption und Implementierung

Sichere Architekturen und Prozesse für Netzwerke, Rechenzentren, Mobil

Anwendungssicherheit 4 Betrieb

Sicherheit im Betrieb

Betrieb (MSS) und Support von IT Security Lösungen

APT - Computer Security Incident Response Team (CSIRT) 5 Prüfung

Sicherheitsaudits

Zertifizierung von Prozessen und Diensten

Abkürzungsverzeichnis

ISMS = Information Security Management System

BCM = Business Continuity Management GRC = Governance, Risk und Compliance

APT = Advanced Persistent Threat – gezielte Cyberangriffe

MSS = Managed Security Services





Branchenlösungen, individuelle Konzepte, professionelle Beratung und stark in der Umsetzung.







Referent

Tilman M. Dralle

Security Consultant, TÜV Rheinland **Funktion:**

Fachgebiet: Datenschutzrecht



+49 221 56783 832



tilman.dralle@i-sec.tuv.com



30.06.2017



Die neue Struktur des Datenschutzrechts in der Europäischen Union



Die Grundpfeiler des alten und neuen Rechts: Was sich NICHT ändert



Die wichtigsten Änderungen im Überblick: DSGVO "in a nutshell"



Öffnungsklauseln in der DSGVO: Das BDSG 2018







Die neue Struktur des Datenschutzrechts in der Europäischen Union



Die Grundpfeiler des alten und neuen Rechts: Was sich NICHT ändert



Die wichtigsten Änderungen im Überblick: DSGVO "in a nutshell"

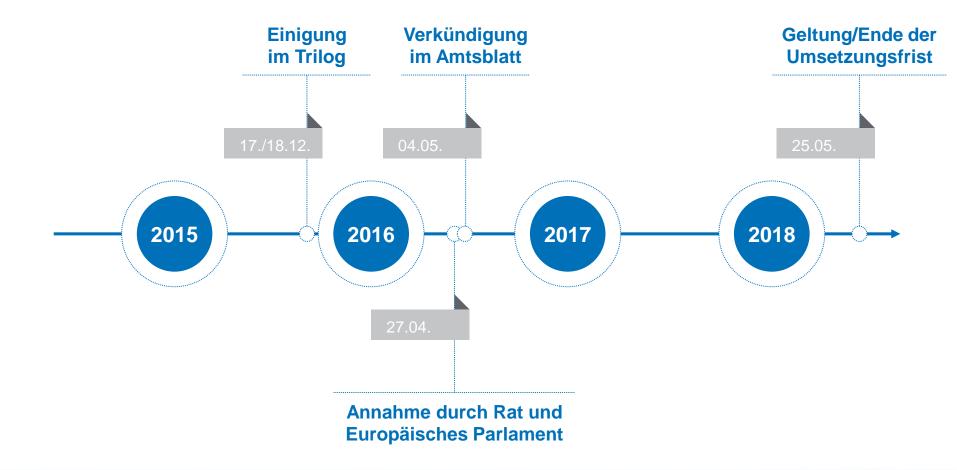


Öffnungsklauseln in der DSGVO: Das BDSG 2018



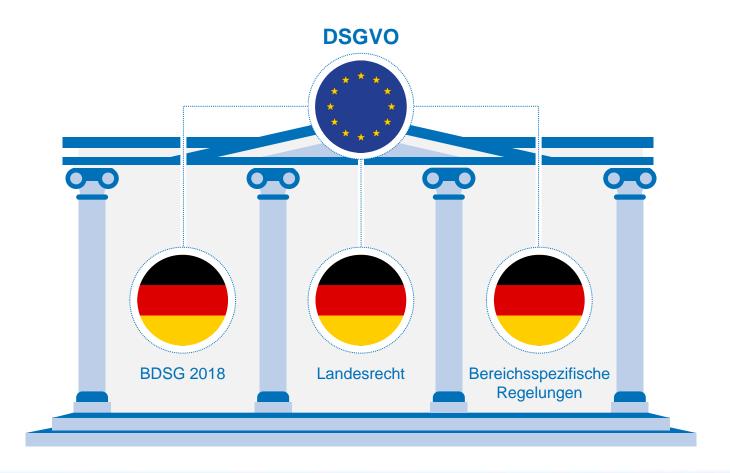


DSGVO-Timeline





DSGVO: Deutsches Recht wird abgelöst







Die neue Struktur des Datenschutzrechts in der Europäischen Union



Die Grundpfeiler des alten und neuen Rechts: Was sich NICHT ändert



Die wichtigsten Änderungen im Überblick: DSGVO "in a nutshell"



Öffnungsklauseln in der DSGVO: Das BDSG 2018





Grundpfeiler bleiben bestehen

An der Grundstruktur des Datenschutzes ändert sich nichts:

Verbotsprinzip mit Erlaubnisvorbehalt

Transparenz gegenüber Betroffenen

Anwendungsbereich: automatisiert oder dateigebunden verarbeitete pbD

Betroffenenrechte und Haftungsansprüche

Bestellpflicht eines DSB

Pflicht zur Ergreifung technischorganisatorischer Maßnahmen

Grundsätze der Erforderlichkeit und Zweckbindung

Rolle staatlicher Aufsichtsbehörden und deren Sanktionsinstrumentarium



Grundpfeiler bleiben bestehen

An der Grundstruktur des Datenschutzes ändert sich nichts:

Verbotsprinzip mit Erlaubnisvorbehalt Transparenz gegenüber Betroffenen Anwendungsbereich: automatisiert Betroffenenrechte und oder dateigebunden verarbeitete Haftungsansprüche Achtung: DSGVO bringt gegenüber bisheriger Rechtslage erhebliche Veränderungen! technischorganisatorischer Maßnahmen Bestellpflicht eines DSB Grundsätze der Erforderlichkeit Rolle staatlicher Aufsichtsbehörden und Zweckbindung und deren Sanktionsinstrumentarium





Die neue Struktur des Datenschutzrechts in der Europäischen Union



Die Grundpfeiler des alten und neuen Rechts: Was sich NICHT ändert



Die wichtigsten Änderungen im Überblick: DSGVO "in a nutshell"



Öffnungsklauseln in der DSGVO: Das BDSG 2018





Bußgelder steigen drastisch

Gravierende Verschärfung gegenüber dem alten Recht:

Maximale Geldbuße nach BDSG: 300.000 EUR



Bußgelder für Unternehmen:

Bis zu 20 Mio. EUR bzw. 4% des gesamten weltweit erzielten Jahresumsatzes

Geldbußen für Verstöße gegen die DSGVO müssen:

"wirksam, verhältnismäßig und abschreckend" sein

Wichtige Kriterien zur Bußgeldbemessung:

U.a.: Frühere Verstöße, getroffene TOMs, Zusammenarbeit mit den Aufsichtsbehörden, Zertifizierungsverfahren



Technische und organisatorische Maßnahmen



Nach DSGVO müssen TOMs ...

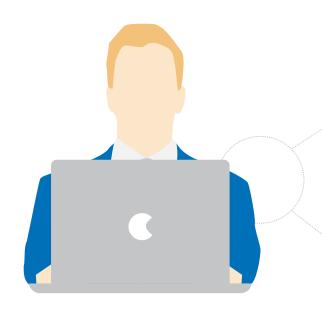
- ... das Risiko für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen berücksichtigen
- ... regelmäßig auf ihre Wirksamkeit hin überprüft, bewertet und evaluiert werden
- ... den "Stand der Technik" umsetzen

Neben den klassischen Schutzziele der IT-Sicherheit – Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit – fordert die DSGVO auch die **Belastbarkeit** von Systemen und Diensten

Verstoß ist **bußgeldbewehrt** (10 Mio. EUR bzw. 2% des Vorjahresumsatzes)



Rechenschafts- und Dokumentationspflichten



Der Verantwortliche muss geeignete Maßnahmen ergreifen, um den **Nachweis dafür erbringen zu können**, dass die Verarbeitung pbD gemäß den Bestimmungen der DSGVO erfolgt

Erfüllung der Rechenschafts- und Dokumentationspflichten relevant ...

- ... bei Prüfungen durch die Aufsichtsbehörden
- ... bei der Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen durch Betroffene

Zusätzliche Pflichten in der DSGVO + Rechenschafts- bzw. Nachweiserfordernisse

→ Ohne Datenschutz-Management-System geht es nicht!



Privacy by design & Privacy by default



Datenschutz durch Technikgestaltung

- Bereits bei der architektonischen Entwicklung und Gestaltung von Produkten, Diensten und Anwendungen müssen geeignete TOMs getroffen werden
- Normadressat ist die verantwortliche Stelle (!)

Datenschutz durch datenschutzfreundliche Voreinstellungen

 "Werkseitig" vorgenommene Einstellungen müssen dem Gebot der Datenminimierung entsprechen

"Privacy by design" und "Privacy by default" -Vorgaben gelten ab dem 25. Mai 2018 auch für bereits vorhandene Produkte, Dienste und Anwendungen



Datenportabilität



Das Recht auf Datenübertragbarkeit als neues Betroffenenrecht

- Betroffene haben das Recht, pbD in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten
- Betroffene haben ferner das Recht zu erwirken, dass die pbD direkt von einem Verantwortlichen an einen anderen Verantwortlichen übermittelt werden

Erhalt und Übermittlung der pbD erfolgen unentgeltlich

Recht auf Datenportabilität auch für mittelständische Unternehmen relevant – Beispiel: Informationen über Einkäufe mit verschiedenen Kundenkarten



Recht auf Löschung ("Vergessenwerden")



Allgemeine Löschpflicht

 U.a. bei Zweckverbrauch, Widerruf der Einwilligung, Widerspruch etc.

Neu: "Recht auf Vergessenwerden"

- Ausgangspunkt: EuGH-Entscheidung in der Rs. Google/Spain
- Dritte müssen ggf. über Löschantrag informiert werden
- Der Verantwortliche muss angemessene technische und organisatorische Maßnahmen ergreifen, um die jeweiligen Dritten zu identifizieren

Reichweite des "Rechts auf Vergessenwerden" unklar: **Erhebliche Unsicherheiten!**



Zertifizierungsverfahren



Im **BDSG** war die Möglichkeit eines bundesweiten, freiwilligen Datenschutzaudits bereits angelegt

 Allerdings: entsprechendes Ausführungsgesetz wurde nie erlassen

DSGVO sieht nun datenschutzspezifische Zertifizierungsverfahren vor

 Verantwortliche und Auftragsverarbeiter können darüber künftig den Nachweis erbringen, dass ihre Datenverarbeitung in Einklang mit der Verordnung steht

Zertifizierungen spielen bei der Entscheidung über das Ob und die Höhe von Bußgeldern eine wichtige Rolle

Großes Potenzial als wettbewerbsdifferenzierendes Element





Die neue Struktur des Datenschutzrechts in der Europäischen Union



Die Grundpfeiler des alten und neuen Rechts: Was sich NICHT ändert



Die wichtigsten Änderungen im Überblick: DSGVO "in a nutshell"



Öffnungsklauseln in der DSGVO: Das BDSG 2018





Öffnungsklauseln

Deutscher Bundestag

Drucksache 18/**11325**

18. Wahlperiode



Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Datenschutzrechts an die Verordnung (EU) 2016/679 und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680 (Datenschutz-Anpassungs- und -Umsetzungsgesetz EU – DSAnpUG-EU)

A. Problem und Ziel

Am 25 Mai 2018 wird die Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natütlicher Personen bei der Verarbeitung personenberogener Daten, zum freien Datenverkeht und zur Aufbebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) (ABL I. 119 vom 4.5.2016, S. 1, L. 314 vom 22.11.2016, S. 72) ummittelbar geltendes Recht in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union sein. Ziel der Verordnung (EU) 2016/679 sit ein gleichweriges Schutzurweau für die Rechte und Freiheiten von natürlichen Personen bei der Verarbeitung von Daten in allen Mitgliedstaaten (Erwägungsgrund 10). Der Unionsgesetzgeber hat sich für de Handlungsform einer Verordnung entschieden, damit innerhalb der Union ein gleichmäßiges Datenschutzurweau für antäufliche Personen gewährleiste ist (Enwägungsgrund 13). Die Verordnung (EU) 2016/679 sieht eine Reihe von Öffnungsklausseln für den nationalen Gestezgeber vor. Zugleich enthält die Verordnung (EU) 6/679 konkrete, an die Mitgliedstaaten gerichtete Regelungsaufträge. Daraus ergibt sich gesetzlicher Ampassungsbedarf in nationalen Datenschutzreicht.

Darüber hinaus dient der vorliegende Gesetzentwurf der Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die zuständigen Behörden zum Zweck der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten oder der Starfolkiterschung sowie zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2008/97/II des Rates (ABI L 119 vom 45.2016. S. 89), soweit die der Richtlinie unterfallenden Staaten nach deren Artikel 63 verpflichtet sind, bis zum 6. Mai 2018 die Rechts- und Verwaltungsvorschriften zu erlassen, die erforderlich sind, um dieser Richtlinie nachzukommen. Die Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680 wat über die im vorliegenden Gesetzentwurf enthaltenen relevanten Regelungen hinaus auch noch gesonder im Fachrecht erfolgen.

Um ein reibungsloses Zusammenspiel der Verordnung (EU) 2016/679 und der Richtlinie (EU) 2016/680 mit dem stark ausdifferenzierten deutschen Datenschutzrecht sicherzustellen, ist es erforderlich, das bisherige Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) durch ein neues Bundesdatenschutzgesetz abzulosen. Weiterer ge-

Ziel der Harmonisierung des europäischen Datenschutzrechts nicht vollständig umgesetzt

DSGVO enthält 50 sogenannte "Öffnungsklauseln": Handlungsspielraum für den nationalen Gesetzgeber

Deutschland: "Datenschutz-Anpassungs- und Umsetzungsgesetz EU": Grundlage für das neue BDSG 2018

Kosten sparen durch Ausnahmeregelungen oder Bekenntnis zum "Gold-Standard" der DSGVO?



Öffnungsklauseln

Bereiche, die durch das BDSG 2018 mit-geregelt werden:







Die neue Struktur des Datenschutzrechts in der Europäischen Union



Die Grundpfeiler des alten und neuen Rechts: Was sich NICHT ändert



Die wichtigsten Änderungen im Überblick: DSGVO "in a nutshell"



Öffnungsklauseln in der DSGVO: Das BDSG 2018







- Es wird komplizierter: "Ein Gesetz geht, zwei Gesetze kommen"
- Erhebliche Veränderungen gegenüber der bisherigen Rechtslage:
 Betroffenenrechte werden gestärkt, Unternehmenspflichten ausgebaut
- Bußgeldrahmen steigt drastisch: bis zu 4% des globalen Vorjahresumsatzes;
 Fast jede Vorschrift der DSGVO ist bußgeldbewehrt

- Es geht nicht mehr ohne:
 Effektive Datenschutz-Management-Systeme sind gefragt
- Neue Möglichkeiten der datenschutzrechtlichen Compliance:
 Datenschutz-Zertifizierung als Chance



Fragen?

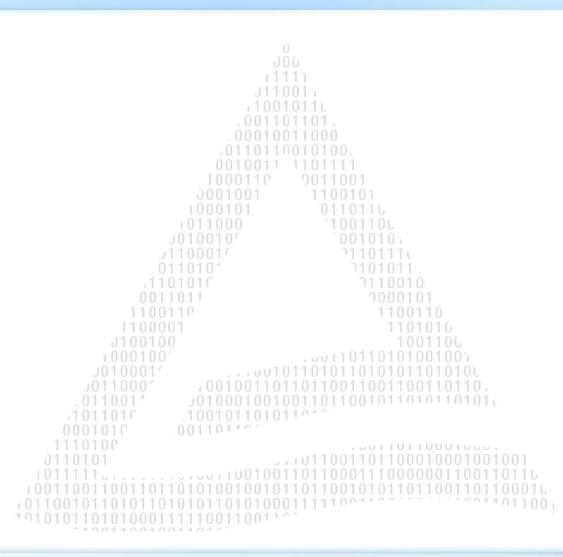
Tilman M. Dralle

Security Consultant TÜV Rheinland i-sec GmbH Am Grauen Stein 51105 Köln

Tel: +49 221 56783 832 Fax: +49 221 806 1580

tilman.dralle@i-sec.tuv.com

www.tuv.com/informationssicherheit







8. IT-Sicherheits-Kongress 2017
Cyber Security und Qualität in der digitalen Transformation

7. - 8. November in Frankfurt am Main